

UN-Migration - Parteienschwund

Die deutschen Volksparteien gehen ein

Christ- und Sozialdemokraten schrumpfen gerade in einem Tempo, das noch vor kurzem niemand für möglich gehalten hätte.

Epochale Veränderungen geschehen oft so langsam, dass man sie leicht übersieht. Und auf einmal rasen und lärmen sie daher, dass man nichts anderes mehr sieht. Gestern meldete eine ARD-Umfrage historische Tiefstwerte für Christ- und Sozialdemokraten: CDU/CSU bei 25 Prozent, die SPD bei 14 - hinter Grünen und Alternative für Deutschland. Die Volksparteien, die in Berlin zusammen regieren, vereinen längst keine Mehrheit mehr, sondern nur noch 39 Prozent. Nach der Bundestagswahl waren es immerhin 53 Prozent. Und 2005 noch 70.

In Ländern wie Italien oder Frankreich sind die Parteiensysteme der Nachkriegszeit längst zerbröselt, in Deutschland verläuft der Prozess gemächlicher. Die Volksparteien schmelzen langsam ab. Seit der Gründung der Grünen 1980 bildete sich etwa einmal im Jahrzehnt eine neue Partei: Den Grünen folgte die SED-Nachfolgepartei PDS, die später zur gesamtdeutschen Linkspartei fusionierte, 2013 die AfD.

Das System differenzierte sich aus, blieb aber noch bis vor kurzem auf Union und SPD fixiert, die als Einzige die Führung beanspruchen konnten. Nun geht plötzlich ein Ruck durchs Land. Die Werte sinken nicht mehr, sondern stürzen. Hält das neue Tempo des Niedergangs an, steht bei CDU/CSU bald die Vormachtstellung infrage, bei der SPD das Überleben.

Viele glauben, der Absturz der Volksparteien habe mit Angela Merkels Flüchtlingspolitik und den Wahlerfolgen der AfD zu tun. Das ist nicht falsch, greift aber dennoch deutlich zu kurz. Im Moment ist der Überdruß über die Grosse Koalition der entscheidende Treiber. Merkel hat seit 2005 vier Regierungen gebildet, drei davon mit der SPD, wenn auch nicht immer aus freien Stücken. Seit 2005 gilt die Regel: Je mehr Union und SPD sich regierend aneinanderklammern, umso gebrechlicher werden sie. Ihre Bündnisse stärken die Volksparteien nicht, sondern beschleunigen ihren Niedergang.

UN-Migration - Parteienschwund

Entgegen einem verbreiteten Vorurteil profitieren von dieser Dynamik derzeit weniger die Populisten am rechten beziehungsweise linken Rand, vielmehr wachsen die Mitteparteien, die nicht regieren, auf Kosten der regierenden. Selbst im Fall einer starken AfD vertritt die gesammelte Mitte immer noch fast drei von vier Wählern.

Deutschlands Parteiensystem indes entwickelt sich vom 40-40-10-Modell der Nachkriegsjahrzehnte (Union/SPD/FDP) über das 30-20-10 der letzten Bundestagswahl (Union/SPD/Grüne-AfD-FDP-Linke) zu einem 20-20-20-20-System: **mit Union, SPD, Grünen und AfD auf Augenhöhe.**

Im Grunde hat der Niedergang der Volksparteien wenig mit einzelnen Politikern oder politischen Entscheidungen zu tun, sondern ist eine Folge tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen. Die einst grossen und relativ homogenen Milieus, die die historischen Volksparteien repräsentierten, haben sich weitgehend aufgelöst. Kleine und grosse Bürger, Arbeitgeber, Gewerkschafter, Akademikerinnen, Arbeiterinnen, Katholiken oder Protestantinnen stehen sich längst nicht mehr als Antipoden gegenüber, sondern verteilen sich über den gesamten politischen Raum.

Liberale Gesellschaften sind heute unübersichtlicher denn je, geformt aus lauter Nischen und Stämmen, die längst kein «Volk» mehr bilden, das eine Volkspartei auch nur annähernd gültig abbilden und vertreten könnte. Die neuen sozialen Medien, die die Zersplitterung der Öffentlichkeit in kleine identitäre Communities zum Geschäftsmodell gemacht haben, verstärken diesen Trend weiter. Wer es heute in der Politik allen recht machen will, wie es der alte Anspruch der Volksparteien suggeriert, macht es am Ende niemandem mehr recht.

«Wäre Deutschland mit vier mittelgrossen Parteien überhaupt noch regierbar? Was wird aus der Demokratie, wenn die Konsensmaschinen CDU und SPD lahmen?», fragen Politiker und Kommentatoren gerade bange. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass übertriebene Sorge unnötig ist.

UN-Migration - Parteienschwund

In den Niederlanden etwa sitzen schon lange fünf oder sechs mittelgrosse und noch eine Reihe kleinerer Parteien im Parlament, ohne dass die politische Stabilität grundsätzlich infrage stünde.

Allerdings wird es anspruchsvoller, Regierungen zu bilden, wenn diese nur noch ausnahmsweise aus zwei, meistens aber aus drei oder mehr Parteien bestehen. Deutschland hat damit jedoch mehr Erfahrung, als es glaubt: In den 16 Bundesländern regieren derzeit dreizehn verschiedene Arten von Koalitionen, ausser der AfD sind alle Bundestagsparteien wenigstens dreimal beteiligt. Im Bund jedoch gab es in den vergangenen 70 Jahren erst vier Kombinationen. Das wird sich ändern müssen. Mit allem Wandel der politischen Kultur, der dafür nötig ist.

«Wer es heute in der Politik allen rechtmachen will, macht es am Ende niemandem mehr recht.»

Dominique Eigenmann Deutschlandkorrespondent

Nun kommt die Debatte, vor der sich alle fürchten

Auch die Autofahrer müssen helfen, den Pariser Klimavertrag umzusetzen.

Stefan Häne

Der Pariser Klimavertrag ist bislang weitgehend ein abstraktes Dokument geblieben, 2015 in Paris unterschrieben, 2017 vom Parlament ratifiziert. Nun aber, da es an seine Umsetzung geht, erhält das Übereinkommen ein erstes Preisschild - und das just in einem besonders sensiblen Bereich.

Sollte die Schweiz den völkerrechtlich bindenden Vertrag so umsetzen, wie es der Bundesrat mit dem neuen CO₂-Gesetz plant, werden Benzin und Diesel teurer. Um wie viel, ist noch unklar; die Schätzungen gehen bis 16 Rappen pro Liter, was eine Tankladung um 10 Prozent verteuern würde. Mit dem Extrageld werden die Treibstoffimporteure Klimaschutzprojekte finanzieren müssen.

UN-Migration - Parteienschwund

Die entscheidende Frage lautet: Ist ein Preisaufschlag mehrheitsfähig, zuerst im Parlament und später in einer etwaigen Abstimmung im Volk? 2017 hat die Stimmbevölkerung den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr gutgeheissen - und damit eine Treibstoffverteuerung um 4 Rappen pro Liter. Dafür erhält sie nun einen Gegenwert: ein kompletteres Strassennetz.

Einen Gegenwert soll es auch jetzt geben: mehr Klimaschutz und damit langfristig die Sicherung der Lebensgrundlagen. Das aber ist weniger greifbar als neue Infrastruktur; politische Akzeptanz zu schaffen, deshalb diffiziler. Eine Debatte über den angemessenen Benzinpreis ist dringend nötig. Sie soll im Ton sachlich sein, in der Analyse aber schonungslos.

Der Verkehr ist das Sorgenkind der helvetischen Klimapolitik. Sein Ausstoss wächst, anders als etwa in der Industrie. Dort greift denn auch die CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe, sparsames Verhalten wird also belohnt. Gegen eine Ausdehnung auf Treibstoffe hat sich das Parlament bislang gesperrt, ebenso chancenlos ist Mobility-Pricing. Nun muss das Parlament trotzdem über höhere Benzinpreise befinden. Der Ausgang der Debatte wird zum Gradmesser für den Willen, Paris konsequent umzusetzen.

Eine halbe Kiste

Die Schweizer besitzen pro Kopf mehr Vermögen als alle anderen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Hannes Weber

Manche Klischees sind wahr. Zum Beispiel das folgende: Die Schweizer sind die reichsten Menschen der Welt.

530244 US-Dollar an Finanz- und Sachwerten besitzen erwachsene Schweizerinnen und Schweizer im Durchschnitt, wie die Credit Suisse für ihren «Global Wealth Report 2018» errechnet hat. Etwas weniger als im letzten Jahr, aber trotzdem: Weltrekord, mit deutlichem Abstand. Die zweitplatzierten Australier besitzen im Durchschnitt nur 411060 Dollar.

UN-Migration - Parteienschwund

530244 Dollar, was für eine Zahl, eine halbe Kiste! Auch wenn Immobilien und private Vorsorgegelder mit eingerechnet sind - als die Schlagzeilen zum Bericht auf Schweizer Newsportalen auftauchten, dürften sich viele Leserinnen und Leser gefragt haben, was sie falsch machen. Warum sie so deutlich unter diesem Durchschnitt liegen. Und wer all die Menschen sind, die mehr als eine halbe Million Schweizer Franken auf der Seite haben.

Obwohl eine flüchtige Betrachtung suggerieren könnte, dass die Hälfte der Erwachsenen in der Schweiz so viel Geld hat, ist das falsch. Denn der Durchschnittsschweizer besitzt nicht 530244 Dollar, sondern 183339. Auch diese Zahl steht im CS-Bericht. Es ist der Median - die Zahl der Reicheren ist genau gleich gross wie diejenige der Ärmeren. Weil die riesigen Summen der höchsten Vermögen auf diesen Mittelwert keinen Einfluss haben, reflektiert er die ungleiche Verteilung von Vermögen besser und fällt deutlich tiefer aus. Nimmt man ihn als Referenz, ist der grosse Vorsprung plötzlich weg und die Schweiz landet auf dem zweiten Rang - hinter Australien, wo das Medianvermögen mit 191450 Dollar leicht höher ist.

Auch weitere Zahlen aus dem CS-Bericht zeigen: Das reichste Land der Welt ist vor allem ein Land der sehr reichen Menschen. 725000 Schweizer sind Dollar-Millionäre, mehr als jeder zehnte Erwachsene zählt zu dieser Gruppe. Auch das: Weltrekord. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besteht zu 1,8 Prozent aus Schweizern - Bewohner eines Landes, das nur 0,1 Prozent der Menschen auf dem Planeten beheimatet. Und auch die Superreichen sind sehr gut vertreten: Fast tausend Schweizer haben laut dem Report mehr als 100 Millionen Dollar.

Nicht weltrekordverdächtig ist das andere Ende der Skala. 13,7 Prozent der erwachsenen Schweizer besitzen weniger als 10000 Dollar. Unter ihnen sind zwar auch junge Erwachsene, die später mehr besitzen werden, Studenten etwa. Es sind aber auch zahlreiche Menschen, die kaum je zu Besitz kommen oder Geld zur Seite legen können. Oder bei denen wegen Schulden gar ein Minus vor dem Vermögen steht.

UN-Migration - Parteienschwund

In der Schweiz steigt das Vermögen dank hoher Stabilität seit sehr langer Zeit an. Doch die Ungleichheit geht trotz diesem Anstieg kaum zurück. Laut CS-Bericht ist die Schweiz das einzige unter den zehn Ländern, von denen die Vermögensverteilung über einen langen Zeitraum vorliegt, das in über hundert Jahren in keiner Periode eine signifikante Reduktion der Ungleichheit erlebt hat.

Diese etwas ausführlichere Betrachtung der CS-Zahlen zeigt: Der Durchschnittsschweizer ist reich, aber nicht halber Millionärs. Und Klischees können furchtbar falsch sein. Die alleinerziehende Schweizerin mit Schulden mag im reichsten Land der Welt leben - sie gehört sicher nicht zu den reichsten Menschen der Welt.

Seite Drei

UNO Migration Ein Pakt mit der Welt

Flüchtlinge Der Schweizer UNO-Botschafter Jürg Lauber hat mit dem UNO-Migrationspakt Historisches geschafft. Der SVP aber ging er damit zu weit. Sie will seine Arbeit zunichtemachen.

Philippe Reichen, Lausanne

Die Freude war riesig. Die Buchstaben waren es auch. «WE DID IT!», teilte Jürg Lauber, Schweizer UNO-Botschafter in New York, im Juli der Welt auf Twitter mit. Dazu verschickte er ein Foto von sich und dem mexikanischen Botschafter Juan José Gmez Camacho in Jubelpose. Lauber und Gmez Camacho ist Historisches gelungen. Sie verfassten die erste Migrationsvereinbarung in der Geschichte der Vereinten Nationen - nach 18 Monate langen Verhandlungen, geführt in New York, Genf und Wien, für alle Interessierten sicht- und hörbar.

Das Resultat: eine 34 Seiten lange Vereinbarung, 23 Ziele und viele konkrete Massnahmen zu allen Aspekten der Migration. Über allem steht das Ziel, Migration «sicher, geordnet und regulär» zu machen, so steht es im Migrationspakt. Die Staaten wollen sich unter anderem für sichere Migrant*innenrouten einsetzen, Menschenleben retten, Menschenhandel bekämpfen, für faire Arbeitsbedingungen sorgen, beim Grenzschutz zusammenarbeiten und Gefängnisstrafen als letztes Mittel einsetzen.

UN-Migration - Parteienschwund

Der Pakt will irreguläre Migration verhindern und sieht auch den Fall der Heimkehr vor, in dem er auf eine sichere und würdevolle Rückkehr pocht.

191 UNO-Mitgliedstaaten schlossen sich bei Verhandlungsende im Juli in New York dem Pakt an. Nur die USA und Ungarn verzichteten. Nun soll sich auch die Schweiz vom Pakt distanzieren, bevor das Dokument im Dezember an einem Treffen von Staats- und Regierungschefs in Marokko formell verabschiedet wird. Dies fordert die SVP, obschon Schweizer Diplomaten, also die offizielle Schweiz, am Pakt mitschrieben und der Bundesrat vor wenigen Tagen Zustimmung beschloss. Für die SVP scheint der Zeitpunkt günstig. Es naht die Abstimmung über ihre Selbstbestimmungsinitiative, also die Frage, ob die Schweiz ihre Verfassung über internationales Recht stellen wird.

Albert Rösti enerviert

Mitte September berief die SVP-Parteileitung eine Medienkonferenz ein. SVP-Präsident Albert Rösti war enerviert: Das Ziel des Paktes sei eine Welt ohne Grenzen. Seine Partei stört, dass Flüchtende künftig von Anfang an Zugang zum Sozialsystem, zum Bildungssystem und zur Gesundheitsversorgung haben sollen. Was sie vergisst: Das ist in der Schweiz heute schon der Fall.

«Der Migrationspakt verherrlicht Migration», sagte Nationalrat und Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt (SVP, ZH) in einem Interview der «Basler Zeitung». Der Pakt wolle die Migration nicht regeln, er wolle sie begünstigen. Dagegen spricht, dass kein Staat während der Verhandlungen bereit war, die Kontrolle seiner Einwanderungspolitik abzugeben. Nationalrat Andreas Glarner (SVP, AG) ist sich dennoch sicher: «Dieser Pakt wird das Gesicht Europas und der Schweiz komplett verändern.»

In der Kritik steht vor allem eine Person: UNO-Botschafter Jürg Lauber. Glarner bezichtigt ihn gar, einen «Staatsstreich» verübt zu haben. Lauber bleibt sachlich: «Der Pakt geht nicht von einem Recht auf Migration oder einem Niederlassungsrecht aus. Das erste Recht jeder Person soll sein, in ihrem Herkunftsland zu bleiben. Aber jede Person ist auch frei, ihr Land zu verlassen und dabei den Schutz ihrer Menschenrechte nicht zu verlieren.»

UN-Migration - Parteienschwund

Das reicht der SVP nicht. Glarner will Lauber und Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) im November vor die Staatspolitische Kommission (SPK) zitieren. Gestern stimmte die SPK einer SVP-Motion zu, die dem Bundesrat den Auftrag gibt, dem Parlament die Zustimmung zum Pakt in Form eines Bundesbeschlusses zu beantragen. Doch für Andreas Glarner bleiben Fragen: Wie kam es zum Pakt? Warum liess sich die Schweiz auf so etwas ein?

Obama, die treibende Kraft

Die Basis für den Pakt wurde 2016 gelegt, als die UNO-Vollversammlung eine Erklärung zum besseren Schutz von Flüchtlingen verabschiedete. US-Präsident Barack Obama gehörte zu den treibenden Kräften. Er erkannte, dass die Migrationsströme viele Länder überforderten. Als die Erklärung vorlag, sollte auf ihrer Grundlage der Migrationspakt entstehen. Blieb eine Frage: Wer soll das Dokument erarbeiten?

Peter Thomson, Fidschi-Insulaner und Präsident der UNO-Generalversammlung, ging auf den Schweizer UNO-Botschafter Jürg Lauber zu. Kein Zufall. Schweizer Diplomaten haben den Ruf, politisch ausgleichend, effizient, zuverlässig und lösungsorientiert zu arbeiten. Zudem gilt die Schweizer Migrationspolitik bei den Vereinten Nationen als erfolgreich. Thomson bat Lauber, mit dem Mexikaner Juan José Gmez Camacho zusammenzuarbeiten. Lauber leitete die Anfrage Ende 2016 nach Bern weiter. Er sagt: «Wir hätten ablehnen können.» Doch Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) und Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) waren bereit, das Mandat zu akzeptieren.

Für Lauber war die Mission auch persönlich lehrreich. Der zurückhaltende Zuger besuchte eine Auffangstation für Flüchtlinge in Marokko und sprach mit Betroffenen. Er erinnert sich: «Als wir nach Afrika reisten und nach Lösungen suchten, handelten die Diskussionen nicht von den gefährlichen Überfahrten auf dem Mittelmeer. Gefordert wurden bessere Visavergaben zwischen afrikanischen Staaten. Und es ging darum, Migrationsströme durch Wüsten zu verhindern, um Dramen zu vermeiden.»

UN-Migration - Parteienschwund

Auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz war Teil der Beratungen. «Es geht um eines der dringendsten humanitären Probleme unserer Zeit», sagt IKRK-Präsident Peter Maurer, der im Migrationspakt einen wichtigen Fortschritt sieht. Das IKRK sei «besorgt über die Millionen von Migranten, die in schwierigen und gefährlichen Situationen gefangen sind», so Maurer. Sie seien besonders gefährdet für Missbrauch und Ausbeutung. Viele müssten grosses Elend ertragen, auf Kosten ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit. Man gratuliere dem Bundesrat zu seiner Vermittlerrolle, so Maurer. Doch er erinnert daran: «Kein Land kann sich alleine mit Migrationssteuerung befassen, es braucht internationale und regionale Kooperation.»

Die Umsetzung des Pakts soll so unkompliziert wie möglich sein. Alle vier Jahre kommen Staatenvertreter zu einem Forum zusammen, um sich über Erfahrungen bei der Umsetzung des Pakts auszutauschen. Philipp Lutz vom Thinktank Forum Aussenpolitik (Foraus) betont: «Der Pakt etabliert eine wichtige Gesprächsplattform, die eine Lücke in der internationalen Zusammenarbeit schliesst.» Zudem ermögliche er der Schweiz und anderen Staaten migrationspolitische Interessen zu koordinieren. Marianne Hochuli von Caritas Schweiz sagt: «Die Themen sind auf dem Tisch. Die Staaten haben nun die Chance, voneinander zu lernen.»

Die Schweiz weicht einmal ab

Weil der Pakt kein Völkerrecht ist, gibt es für die Staaten keinen Zwang. Gemäss EDA setzt die Schweiz die Empfehlungen bereits um. Bis auf eine: Sie kann bereits 15-Jährige in Ausschaffungshaft nehmen, was von der UNO-Richtlinie abweicht. Das sei kein Hindernis für eine Zustimmung, heisst es beim EDA. Jeder Staat entscheide frei, welche Instrumente er zur Erreichung der 23 Ziele nutze.

Trotzdem ist SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt unwohl. «Von der formellen rechtlichen Unverbindlichkeit, also dem Charakter als Soft Law, darf man sich auf keinen Fall täuschen lassen», sagte Vogt der «Basler Zeitung». Staaten seien verpflichtet, Ziele und Bekenntnisse des Pakts zu erfüllen.

UN-Migration - Parteienschwund

Völkerrechtler Stefan Schlegel hingegen betont: «Übernimmt das Parlament Teile des Soft Law in das Schweizer Landesrecht, haben es die Parteien in der Hand, dagegen zu argumentieren und zu stimmen.» Gemäss Schlegel ist der Pakt so allgemein und so stark aus der Perspektive der Staaten formuliert, dass er ihn rein juristisch als «harmlos» empfindet.

Die SVP weibelt nun bei der FDP, um den Widerstand im Parlament auszubauen und die Unterstützung des Bundesrats für den Migrationspakt zu brechen. Doch mit diesem Vorhaben wird die SVP wohl scheitern. Es wäre ein diplomatischer Affront, wenn sich die Schweiz von einem von ihr mitaufgebauten Projekt abwendet. So dürfte Bundespräsident Alain Berset im Dezember den Pakt in Marokko unterschreiben. Und Jürg Lauber noch einmal so richtig jubeln.

Die SVP will Jürg Lauber im November vor die Staatspolitische Kommission zitieren und ihn fragen: Wie konnte es zu diesem Pakt kommen?

Fundamentalkritik an der «IV-Polizei»

Abstimmung Privatdetektive für IV und Suva seien unnötig, finden die Gegner der Vorlage, die am 25. November an die Urnen kommt. Um verdächtige Bezüger solle sich die Polizei kümmern. Denn seit zwei Jahren sei Sozialmissbrauch viel leichter strafbar.

Fabian Schäfer

Wo dürfen Versicherungsdetektive Verdächtige observieren? Welche Geräte dürfen sie einsetzen? Solche Fragen sorgen vor der Abstimmung vom 25.

November über den Einsatz von Privatdetektiven durch Sozialversicherungen für hitzige Debatten. Doch viel grundsätzlicher ist eine andere Frage: Ist es überhaupt angebracht, dass der Staat Privaten Massnahmen erlaubt, die sonst Polizei und Justiz vorbehalten sind? Observationen sind Eingriffe in die Privatsphäre, deren Schutz die Verfassung garantiert. Der frühere Bundesrichter Niccol Raselli (SP) schreibt in einem Aufsatz, dieses Gesetz bewirke eine «Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols».

UN-Migration - Parteienschwund

Nicht nur Gegner der Vorlage sehen hier ein Problem. FDP-Ständerat Andrea Caroni bezeichnet das Gesetz, dem er «ohne Feuer» zustimmte, als «rechtsstaatlich gerade noch zulässigen Grenzfall». Es sei tatsächlich speziell, wie das Gewaltmonopol «gedehnt» werde. Caroni rechtfertigt dies damit, dass Verwaltungsbehörden auch in anderen Bereichen Zwangsmittel anwenden könnten. Zudem seien IV und Suva faktisch staatliche Organe, und die Möglichkeiten der Detektive seien eingeschränkt. Genau dies bezweifelt Raselli, der schreibt, das Gesetz erlaube unverhältnismässige Eingriffe ins Privatleben.

Neuer Straftatbestand

Lange konnten die Versicherer einfach begründen, warum sie Verdächtigen selber nachforschen müssen: Die Fälle waren oft nicht gravierend genug, um den Tatbestand des Sozialbetrugs zu erfüllen, folglich hätte eine Anzeige nichts gebracht. Doch das gilt nicht mehr: Seit 2016 steht generell jeder unrechtmässige Bezug von Sozialleistungen unter Strafe. Geschaffen wurde der neue Artikel im Zusammenhang mit der Ausschaffungsinitiative. Bestraft wird, wer unwahre oder unvollständige Angaben macht und Leistungen bezieht, die ihm nicht zustehen. Der Täter muss die Versicherung nicht einmal aktiv irreführen, sondern es genügt, dass er sie «in einem Irrtum bestärkt».

Das verändert die Ausgangslage. Warum müssen IV und Suva Detektive engagieren, wenn praktisch jeder Missbrauch strafbar ist? Ihr wichtigstes Gegenargument besagt, dass sie von Gesetzes wegen abklären müssen, ob jemand Anrecht auf eine Leistung hat. Das ist unbestritten, allerdings bedeutet das nicht zwingend, dass ihnen der Staat auch Observationen erlaubt. Die IV zum Beispiel, die am meisten Überwachungen durchführt, darf dies erst seit 2008. Ohne diese Option müsste sie in Fällen, in denen sich ein Verdacht nicht erhärten lässt, zuerst wohl die verlangte Rente sprechen. Danach könnte sie Anzeige erstatten, gestützt auf den neuen Tatbestand. Erhält sie recht, müsste sie danach versuchen, das ausbezahlte Geld zurückzufordern.

UN-Migration - Parteienschwund

«Das ist eine völlig absurde Idee», sagt Andreas Dummermuth. Er leitet die IV-Stelle Schwyz und ist Präsident des Verbands der Ausgleichskassen. Anzunehmen, der Staat erhalte ungerechtfertigte Leistungen je zurück, sei naiv. Auch die Suva winkt ab: In den meisten Fällen müsse es schnell gehen, da könne man nicht wochenlang warten, bis die Polizei eine Observation durchführen könne.

«Nicht kriminalisieren»

Dummermuth beteuert, es gehe auch um die IV-Klienten: «Auch für sie ist es besser, wenn wir ihren Anspruch durch Observation im öffentlichen Raum abklären können, als wenn wir sie durch Strafanzeigen kriminalisieren müssen.» Allerdings ist die Frage, ob die Detektive nur im öffentlichen Raum filmen dürfen, umstritten. Laut den Gegnern könnten Verdächtige auch in der Stube oder gar im Schlafzimmer überwacht werden. Das sei ein Hirngespinnst, sagt Dummermuth. Er verweist auf Parlamentsdebatten, Bundesratsberichte und Bundesgerichtsentscheide, aus denen hervorgeht, dass keine Observationen in Wohnräumen erlaubt sein sollen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen schliesslich bezweifelt, dass die Polizei heute in der Lage wäre, diese Observationen durchzuführen. Vermutlich müsse sie zuerst Spezialisten ausbilden.

Vorwurf «Linkspopulismus»

Die Befürworter von Sozialdetektiven zur Aufdeckung von Betrugsfällen haben ihre Kampagne lanciert. Es gehe darum, Wildwuchs zu verhindern und die Überwachung in geregelte Bahnen zu lenken, sagte Nationalrat Lorenz Hess (BDP, BE). Das Komitee betont, die Überwachung sei «ein letztes Mittel» für Extremfälle. Hess bezichtigte die Gegner des «Linkspopulismus». Von Spionage bis in die Schlafzimmer könne keine Rede sein. (sda)

Umstrittene Offensive der AKW-Aufsicht

Energie Ein FDP-Ständerat wirft der Atomaufsicht des Bundes vor, eine delikate Untersuchung verhindern zu wollen.

UN-Migration - Parteienschwund

Die Energiepolitiker des Ständerats werden nächste Woche ein heisses Eisen anfassen müssen, verpackt in ein Postulat von Ständerat Damian Müller (FDP). Vordergründig geht es um eine technische Frage: Wie viel Radio-aktivität soll die Bevölkerung maximal ausgesetzt sein, wenn ein Erdbeben, wie es alle 10 000 Jahre zu erwarten ist, ein AKW erschüttert? Wo die Limite festgesetzt wird, ist entscheidend. Wird sie überschritten, muss eine Anlage für Nachrüstungen vom Netz, eventuell für immer.

Um den Grenzwert tobt ein Streit: Liegt die Limite bei 100 Millisievert, wie die Atomaufsichtsbehörde Ensi argumentiert? Oder bei 1 Millisievert, wie die Umweltverbände sagen? Eine Umfrage dieser Zeitung zeigt, wer den tieferen Grenzwert nicht einhalten würde: das AKW Beznau, das 32 Millisievert freisetzen würde, sowie Leibstadt (2).

Wer recht in dieser Kontroverse hat, ist strittig. Der Fall, der Beznau betrifft, liegt beim Bundesverwaltungsgericht. Der Bundesrat indes will das Urteil nicht abwarten. Er ist daran, die entsprechenden Verordnungen so umzuschreiben, dass der Grenzwert eindeutig bei 100 Millisievert liegt. In dieser verworrenen Situation möchte Ständerat Müller Klarheit schaffen. Das Ensi sei Teil des laufenden Rechtsverfahrens, also nicht unbefangen. Deshalb sollen unabhängige Experten die Tragweite der geplanten Neuerung prüfen.

10 000 Franken für Video

Vor diesem Hintergrund mutet pikant an, was das Ensi vor einer Woche auf seiner Website aufgeschaltet hat: eine Untersuchung über die potenziellen Auswirkungen eines alle 10000 Jahre zu erwartenden Erdbebens in Gösgen. Die «Aargauer Zeitung» hat gestern darüber berichtet. Es wären 95000 Menschen potenziell von erhöhter Strahlenbelastung betroffen gewesen, kommt das Ensi zum Schluss. Sie hätten im Durchschnitt eine Dosis von 0,3 Millisievert erhalten - das aber entspreche bloss einem Zwanzigstel der Strahlung, der ein Schweizer aufgrund natürlicher und medizinischer Quellen jedes Jahr ausgesetzt sei. «Es wären keine Verletzten oder Toten zu erwarten.

UN-Migration - Parteienschwund

Eine Evakuierung wäre nicht nötig», bilanziert die AKW-Aufsicht. Gestern hat das Ensi zusätzlich ein Video aufgeschaltet, das die Ergebnisse der Untersuchung zusammenfasst.

Nicht nur für Atomgegner ist klar, dass der Zeitpunkt der Offensive kein Zufall sei. Auch Müller zeigt sich irritiert: «Wenn nun mit einem teuren PR-Video auf Kosten der Steuerzahler ein Prüfbericht verhindert werden soll, kann etwas nicht stimmen.»

Das Ensi sieht das anders. Als zuständige Fachbehörde sei es seine Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren. Auch die ständerätliche Energiekommission setze sich nun mit der Thematik auseinander. Das Video hat 10000 Franken gekostet, wie die AKW-Aufsicht offenlegt. Haben das die Steuerzahler berappt? Das Ensi sagt dazu, es werde zu 95 Prozent durch Gebühren der AKW-Betreiber finanziert.

Stefan Häne

Juncker hatte keine Zeit für Berset

Rahmenabkommen Der Bundespräsident sieht die Verhandlungen mit der EU trotzdem noch nicht am Ende.

Ein fröhliches Bild gibt es vom Gipfel der europäischen und asiatischen Staaten (Asem). Es zeigt den Schweizer Bundespräsidenten Alain Berset zu später Stunde an einem Tisch in einem Brüsseler Innenstadtrestaurant, umgeben vom französischen Amtskollegen Emmanuel Macron, der Deutschen Angela Merkel, dem Italiener Giuseppe Conte sowie den Regierungschefs Luxemburgs und Belgiens.

Das Bild illustrierte, dass in der Politik menschliche Beziehungen auch wichtig seien, sagte Berset gestern am Ende des zweitägigen Treffens in Brüssel. Und hob überhaupt die Bedeutung multilateraler Foren für die Schweiz hervor. Was nicht zustande kam, war das erhoffte bilaterale Treffen mit Jean-Claude Juncker. Von Schweizer Seite hatte man sich bis zuletzt darum bemüht, vor allem mit Blick auf die festgefahrenen Verhandlungen über das Rahmenabkommen. Doch in der dichten Agenda des Kommissionspräsidenten gab es offenbar keinen Platz für den Schweizer.

UN-Migration - Parteienschwund

Alain Berset wollte das entspannt sehen. Er sei immer offen für einen Kontakt: «Ich denke, wir befinden uns in einer Phase der Verhandlungen, wo wir uns auf die eine oder andere Art auf ein Treffen auf politischer Ebene zubewegen.» Es komme nun aber nicht auf eine Stunde oder einen Tag mehr an. Gleichzeitig gab der Bundespräsident zu verstehen, dass zumindest aus Schweizer Sicht der Spielraum der Chefunterhändler nicht aufgebraucht sei und weitere Treffen auf Beamtenebene möglich seien. Man habe zwar viel erreicht, aber die Arbeiten gingen weiter.

Dies steht im Widerspruch zur Ankündigung der EU-Kommission, nach über 20 Verhandlungsrunden die Gespräche zu suspendieren und im Kollegium eine politische Bewertung vorzunehmen. Solange die Schweizer Regierung Chefunterhändler Roberto Balzaretti nicht mehr Spielraum gewähre, brächten weitere Treffen auf technischer Ebene nichts. Die EU fordert von der Schweiz insbesondere beim Thema Lohnschutz mehr Flexibilität, was angesichts der roten Linie des Bundesrates nicht möglich ist.

Auch wenn es mit Juncker nicht klappte, nutzte Berset den Gipfel in Brüssel für verschiedene andere bilaterale Gespräche, so unter anderem mit dem russischen Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew. Die Frage, ob dabei auch die russischen Geheimdienstaktivitäten in der Schweiz ein Thema gewesen seien, liess Berset unbeantwortet.

Stephan Israel, Brüssel